

K3 Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten (Bürger*innenbeteiligung)

Antragsteller*in: Oliver Kossack (Frankfurt-Oder KV)

Text

399 Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten

400 Bürger*innenbeteiligung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein zentrales Anliegen.
401 Nachvollziehbare Entscheidungswege sowie eine offene und transparente
402 Diskussionskultur in Politik und Verwaltung sind für uns die Grundlage, um
403 Bürger*innen, Vereine und Verbände in die zukunftsfähige Gestaltung der
404 Gesellschaft einzubeziehen. Die Verankerung von Bürger*innenbeteiligung im
405 Zuständigkeitsbereich eines Dezernats begrüßen wir als wichtige Aufwertung
406 dieses Themas. Nun gilt es, neue und geeignete Beteiligungsformen für
407 verschiedene politische Entscheidungsprozesse zu entwickeln und dafür zu sorgen,
408 dass alle Bürger*innen die Entwicklung ihrer Stadt mitgestalten können. Uns geht
409 es dabei um eine echte Mitwirkung, die die Bürger*innen ernst nimmt, sie
410 umfassend informiert und ihnen auch eigene Entscheidungsspielräume gibt.

411 Dies gilt ganz besonders bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Denn im
412 Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürger*innen ausgegeben wird.
413 Unser Ziel ist es, den Haushalt verständlicher zu machen und die Bürger*innen an
414 den Entscheidungen über die Stadtfinanzen im Rahmen eines Bürger*innenhaushalts
415 zu beteiligen. Nachdem dieses Thema unter dem früheren Oberbürgermeister nur
416 eine geringe Priorität hatte, begrüßen wir, dass die neue Stadtspitze es nun
417 zügig umsetzen will. Um diesen Schritt konsequent zu gehen, müssen zunächst die
418 einzelnen Haushaltsposten klar und verständlich aufbereitet und Informationen zu
419 künftigen Vorhaben bereitgestellt werden. Denn ohne eine solide
420 Informationsgrundlage ist die Beteiligung der Bürger*innen am Haushaltsprozess
421 nicht möglich. Darüber hinaus ist es besonders wichtig, dass sie konkrete
422 Vorschläge und Projektideen einbringen können. Hierzu muss klar definiert
423 werden, ob die Bürger*innen auch an konkreten Haushaltsentscheidungen mitwirken
424 können oder in beratender Funktion unterstützen. Nach der Verabschiedung eines
425 Bürger*innenhaushalts muss sichergestellt sein, dass die eingebrachten
426 Vorschläge auch umgesetzt werden.

427 Als drängende Aufgabe sehen wir in den kommenden Jahren den Ausbau der Kinder-
428 und Jugendbeteiligung in geeigneten Formaten an. Dabei dürfen die
429 Beteiligungsformen keine Kopfgeburten sein, sondern müssen die Begeisterung der
430 Kinder- und Jugendlichen dafür wecken, sich aktiv am politischen und
431 gesellschaftlichen Geschehen in ihrer Stadt und ihrem Quartier zu beteiligen.
432 Offene Jugendkonferenzen können ein guter Ausgangspunkt sein, um die Interessen
433 und Wünsche von Kindern und Jugendlichen sowie passende Formate in Erfahrung zu
434 bringen. Schüler*innen- und Studierendenvertretung sowie Jugendklubs und
435 Jugendabteilungen von Verbänden, Vereinen und Parteien können sich dabei aktiv
436 einbringen. Ausgehend von diesen Ideenwerkstätten wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
437 Kinder und Jugendliche zudem besser an den für sie relevanten
438 kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligen. Dies gilt ganz besonders bei
439 Planungsvorhaben, die unmittelbar und mittelbar die Lebenswelt von Kindern und
440 Jugendlichen betreffen und für sie deshalb auch direkt Ergebnisse ihrer
441 Beteiligung sichtbar machen, wie z.B. die Gestaltung von Schulen oder
442 Spielplätzen. Wir denken hier etwa an die Schaffung konkreter

443 Ansprechpartner*innen in der Verwaltung und Möglichkeiten eines auf Kinder und
444 Jugendliche zugeschnittenen Ideen-, Beschwerde- und Widerspruchssystems.
445 Weiterhin wollen wir die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass sich Kinder
446 und Jugendliche kontinuierlich und über einzelne Projekte hinaus am politischen
447 Geschehen der Stadt beteiligen können. Ob hierfür ein Jugendbeirat, ein Kinder-
448 und Jugendparlament oder eine andere Beteiligungsform die beste Lösung ist, muss
449 in einem gemeinsamen Prozess mit Kindern und Jugendlichen ermittelt werden. Ein
450 wichtiges Kriterium für uns ist aber, dass sie bei Interesse ähnlich wie
451 sachkundige Einwohner*innen ein Mitspracherecht in den Ausschüssen haben. Eine
452 ernsthafte Initiative zur Erweiterung der Kinder und Jugendbeteiligung braucht
453 auch ein selbst zu verantwortendes Budget, mit dem kleinere Projekte, Ideen oder
454 Informationsflyer eigenständig umgesetzt werden können.

455 Stadtplanung und Stadtentwicklung gelangen an ihre die Grenzen, wenn die
456 Bürger*innen nicht ausreichend daran beteiligt werden. Das gilt auch für die
457 Zusammenarbeit mit Stübice. Fragen wie die eines gemeinsamen Nahverkehrs oder
458 gemeinsamer Stadtentwicklung müssen in Zukunft noch stärker zusammen diskutiert
459 und entschieden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Instrumente wie
460 Bürger*innenbefragungen, Planungswerkstätten oder städtebauliche Wettbewerbe für
461 geeignet, um direkte Demokratie und die Akzeptanz von Entscheidungen zu fördern.
462 Die Stadtverwaltung sollte diese Prozesse durch die Bereitstellung geeigneter
463 Förderungen unterstützen.

464 Eine lebendige und demokratische Kommunalpolitik braucht frühzeitige Information
465 der Bürger*innen, Beteiligung bei Planungen, Befragungen und Versammlungen. Um
466 dies im Verwaltungshandeln zu verankern, setzen wir uns für eine Satzung zur
467 Bürger*innenbeteiligung ein. Diese soll auch das Frage-, Auskunfts- und
468 Rederecht der Frankfurter*innen in der Stadtverordnetenversammlung und in den
469 Ausschüssen stärken und die bessere Einbeziehung der Beiräte in die Stadtpolitik
470 fördern.

471 Für bürger*innennahe Lösungen von Problemen vor Ort sind Ortsbeiräte und
472 Stadtteilkonferenzen unverzichtbar. Damit dies gelingt, muss neben ihrer
473 besseren Beteiligung an städtischen Entscheidungsprozessen auch eine ausreichende
474 und verlässliche Finanzierung sichergestellt werden. Die bereits in Arbeit
475 befindliche Richtlinie für die Auszahlung von Stadttealgeldern ist als Erfolg zu
476 begrüßen. Um eine aktive Bürger*innengesellschaft mit Leben zu füllen, müssen
477 Bürger*innen aber auch jenseits dieser institutionalisierten Beteiligungsformate
478 dazu ermutigt werden, ihr direktes Lebensumfeldes mitzugestalten. Die Übernahme
479 von Patenschaften für Grünflächen auf Brachflächen unter dem Motto „freiwillig
480 gärtnern“, die Einrichtung von Nachbarschaftstreffs oder andere lokale
481 Initiativen sind dafür gute Beispiele. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern dieses
482 Engagement und setzen sich dafür ein, dass solche Projekte noch stärker durch
483 die Stadt unterstützt werden.

484 Auch Menschen ohne deutschen Pass, die in Frankfurt (Oder) leben, wollen wir
485 stärker als bisher in Entscheidungsprozesse einbinden. Wo immer möglich, wollen
486 wir daher nicht nur Bürger*innenbeteiligung, sondern
487 „Einwohner*innenbeteiligung“ umsetzen.

488 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern schon seit langem die Nutzung von Open-Source-
489 Lösungen und einen Live-Stream aus der Stadtverordnetenversammlung. Weil dieser
490 noch auf sich warten lässt, haben wir selbst einen Live-Ticker aus der

491 Stadtpolitik ins Leben gerufen, den über 500 Frankfurter*innen verfolgen und den
492 wir auch weiterhin fortführen wollen. Langfristig müssen solche Initiativen aber
493 in einer Social Media Strategie der Stadtverwaltung verankert werden. Das
494 Online-Informationssystem zur Stadtverordnetenversammlung (ALLRIS) wollen wir
495 bürger*innenfreundlicher ausgestalten.

496 In einem von uns mit erarbeiteten fraktionsübergreifenden Antrag haben wir uns
497 klar für den Erhalt der Außenstelle der Bundesanstalt für Stasi-Unterlagen in
498 Frankfurt (Oder) positioniert und werden uns dafür auch weiterhin auf kommunaler
499 sowie Landes- und Bundesebene einsetzen.